

Grant Hendrik Tonne · Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion
Wahlkreisbüro: Georgstraße 28 · 31582 Nienburg/Weser

An die Redaktionen
im Landkreis Nienburg/Weser



LANDTAG
NIEDERSACHSEN

Grant Hendrik Tonne

- Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion
- Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Schmiedestraße 9

31633 Leese

Mobil: 01 51 / 52 56 05 72

E-Mail: ghtonne@web.de

www.ghtonne.de

09.10.2017/ad

Sozialministerin Cornelia Rundt zu Gast bei der AWO Nienburg Ministerin informiert sich über Beratungsangebote

Auf Einladung des heimischen Landtagsabgeordneten und Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Landtagsfraktion Grant Hendrik Tonne besuchte die Niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt jüngst die Arbeiterwohlfahrt im Landkreis Nienburg. Tonne, der zugleich auch Kreisvorsitzender der Arbeiterwohlfahrt ist, begrüßte die Ministerin in Anwesenheit der Mitarbeiterinnen sowie Vertreterinnen des Frauenhauses und der BISS-Beratungsstelle.

Grant Hendrik Tonne dankte dem Sozialministerium und der Ministerin persönlich für Ihre Unterstützung in den vergangenen Jahren. Hierdurch hätte man die so wichtigen Beratungsleistungen Stück für Stück ausbauen können, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Nienburg. „Neben der seit 25 Jahren bestehenden Schwangerschaftskonfliktberatung, haben wir mittlerweile eine intensiv nachgefragte Beratung für Migranten und Flüchtlinge, eine gut laufende Freiwilligenagentur, eine Krebs- und Kurenberatung, eine Rechtsberatung und eine allgemeine Sozialberatung“, führte Tonne aus. Alle anwesenden Mitarbeiterinnen stellten ihre Beratungsdienstleistungen und den Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit kurz vor. So konnte Franziska Gorgas, die sowohl in der Migrationsberatung wie auch in der Freiwilligenagentur tätig ist, berichten, dass man nunmehr in Zusammenarbeit mit der Stadt Nienburg ein neues Angebot plane, welches „Aktiv in den Ruhestand“ laute und Menschen, die aus dem aktiven Berufsleben ausscheiden den Übergang erleichtere und ehrenamtliche Angebote vorschlage.

Johanna Bartel (Leiterin der Geschäftsstelle), Franziska Gorgas, Christine True und

Wahlkreisbüro:

Georgstraße 28

31582 Nienburg/Weser

Tel.: 0 50 21 / 38 66

Fax: 0 50 21 / 1 45 64

E-Mail: nienburg@ghtonne.de

Gülsen Gürses sind verantwortlich für die Migrations- und Flüchtlingsberatung und sind alle vier intensiv nachgefragt. Durch die engagierte Arbeit der Mitarbeiterinnen ist es der AWO mittlerweile möglich auch dezentrale Beratungsstellen in der Samtgemeinde Uchte, in der Samtgemeinde Mittelweser, in der Stadt Rehburg-Loccum, in der Samtgemeinde Steimbke und in der Samtgemeinde Heemsen neben der Hauptberatungsstelle in Nienburg anzubieten.

Für das Frauenhaus berichteten Kerstin Heusmann und Renate Bunke über deren Beratungsschwerpunkte und wiesen insbesondere daraufhin, dass es an Wohnungen für Frauen fehle. Ein sozialer Wohnungsbau sei dringend nötig. „Ich kann diese Forderung gut nachvollziehen, daher haben wir im Sozialministerium die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau von 40 Millionen Euro auf insgesamt 800 Millionen Euro erhöht und legen Wert darauf, dass auch außerhalb von Ballungszentren ein sozialer Wohnungsbau stattfinden kann“, betonte Ministerin Rundt.

Rundt erkundigte sich ferner bei der BISS-Beratungsstelle, wie das Programm ProBeweis laufe. Hier hinter verberge sich die Möglichkeit für Frauen, zunächst eine Beweissicherung vornehmen zu lassen und danach auch Jahre später – wenn man sich zu einer Anzeige entschließe - zurückgreifen könne. Renate Bunke berichtete, dass das örtlich vorhandene Krankenhaus hieran bedauerlicherweise nicht teilnehme und die betroffenen Frauen nach Verden oder Hannover fahren müssten. Alle Beteiligten waren sich einig, dass das Angebot von ProBeweis auch in Nienburg etabliert werden müsse. In diesem Kontext bedauerte Bunke auch, dass eine vorhandene Täterberatungsstelle in Nienburg zu wenig Zuweisungen seitens der hiesigen Behörden erhalten habe und somit wieder weg sei. Dieses Angebot müsse auch wieder im Landkreis Nienburg etabliert werden.

Abschließend wies Tonne darauf hin, dass es ein immer größeres Problem sei, dass die Wohlfahrtsverbände die erforderlichen Eigenanteile zusammenbringen können. Er bat hier um Überprüfung, ob landesseitig Veränderungen möglich seien. Rundt sagte diese Prüfung zu, verwies aber auch auf die zu leistenden Anteile seitens der kommunalen Ebene; die sich auch mit einem Anteil an den Beratungsdienstleistungen beteiligen sollen, da es auch ihnen erheblich zu Gute komme.